

S 11: Kleine Schritte zum zweiten Gleis

Zeitpläne für einen Start der Bauarbeiten oder gar der Inbetriebnahme des geplanten zweiten S-Bahn-Gleises sind nach wie vor nicht in Sicht. Die Vorarbeiten laufen aber kontinuierlich weiter, Stadt, NVR und Bahn melden jetzt weitere Zwischenschritte – mit Blick auf Buchholz- und Tannenbergstraße.

Eine Verkehrsuntersuchung zum Neubau der Bahnunterführung Buchholzstraße wollen Stadt und Bahn gemeinsam in Auftrag geben. Das teilte die Stadt jetzt im Vorfeld der Sitzung des Mobilitätsausschusses jetzt mit. Diese Untersuchung ist auch mit Blick auf die Kostenaufteilung zwischen Stadt und Bahn wichtig.

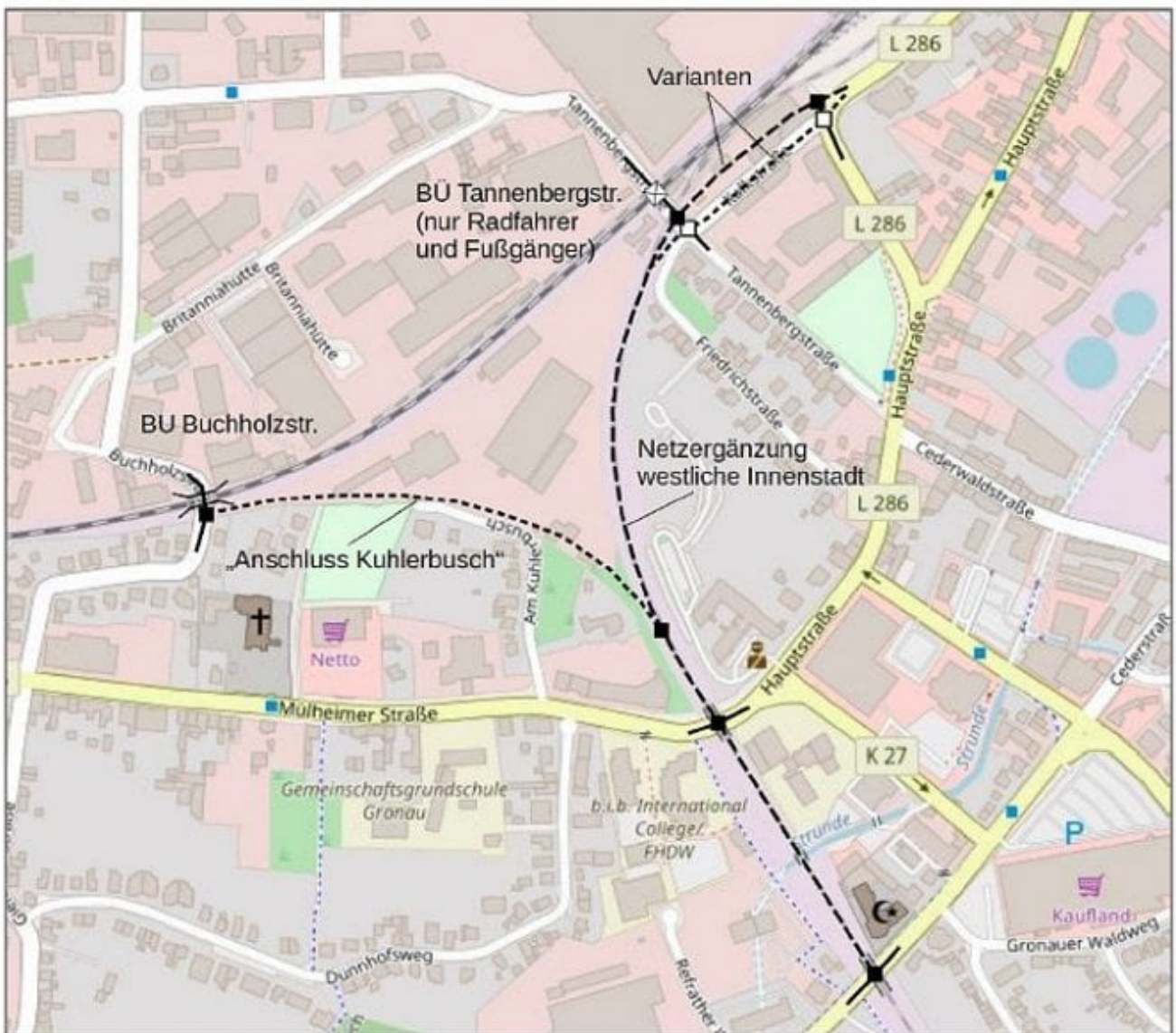
Zudem soll möglichst noch im Herbst das Planfeststellungsverfahren eröffnet werden, also der komplexe Genehmigungsprozess für das gesamte S-11-Projekt. Allerdings nur für das erste, nur 800 Meter lange Teilstück zwischen S-Bahnhof und Tannenbergstraße. Dazu bietet der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) am 1. Juni einen Online-Infoabend an. Dort sollen auch Ergebnisse einer schalltechnischen Untersuchung vorgelegt werden.



Der Bahnübergang am historischen Stellwerk Tannenbergstraße soll nach dem Bau des 2. Gleise für Autos ganz geschlossen werden. Das hat weitreichende Konsequenzen. Foto: Thomas Merkenich

Alle Bahnquerungen müssen neu gestaltet werden

Zur Erinnerung: Für den Bau des zweiten S-Gleises müssen alle Brücken entlang der Strecke auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet neu gebaut werden. Dazu gehört vor allem die Unterführung an der Buchholzstraße, wobei die Straße ganz neu angelegt werden soll. Der Stadtrat hatte im vergangenen September beschlossen, das komplette Bauwerk neu zu planen und die Straße danach an eine neue Straße entlang des Gleisdreiecks anzuschließen.



Die Skizze zeigt den ursprünglichen Vorschlag des Büros Via. Im Zentrum liegt das sogenannte Gleisdreieck, mit dem Gewerbegebiet Kuhler Busch. Der linke Schenkel des Y soll die Buchholzstraße an die Mülheimer Straße anschließen. Der rechte Schenkel, der die Kalkstraße anschließen würde, ist inzwischen von der Ampel abgelehnt worden.

Das wird notwendig, weil der Bahnübergang Tannenbergstraße beim Ausbau der S 11 wegfallen muss. Bei der doppelten Zahl an Zügen wäre der übererdige Übergang so gut wie immer geschlossen, also muss der Verkehr die Gleise unterirdisch queren – und zwar so, dass für den Individualverkehr kein weiteres Nadelöhr entsteht“, sagt Ragnar Migenda, der für Stadtentwicklung zuständige Beigeordnete. Aber auch für den Schwerlastverkehr und vor allem für Gefahrguttransporte muss eine neue Route geschaffen werden.

Im Hintergrund spielt die Finanzierung eine große Rolle: Grundsätzlich übernimmt die Bahn die Kosten für den Gleisusbau – die Stadt Bergisch Gladbach muss aber die Zusatzkosten für eigene Zusatzwünsche tragen. Daher waren Gespräche zwischen Stadt und Bahn und Abstimmungen mit der Bezirksregierung sowie dem Eisenbahnbundesamt erforderlich.

Diese Gespräche, das teilte die Stadt jetzt mit, haben zu einem ersten Ergebnis geführt: Im nächsten Schritt wollen Stadt und Bahn eine gemeinsame Verkehrsuntersuchungen beauftragen. Details werde die Bahn Netz AG im Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 31. Mai präsentieren.

Die Stadt hofft, mit der Untersuchung belegen zu können, dass der Ausbau aufgrund der Schließung der Tannenbergstraße erforderlich wird – und der Zuschuss der Bahn entsprechend hoch sein muss. Migenda: „Das Gutachten dient auch dazu, eine dem Gesetz entsprechende Aufteilung der notwendigen Gesamtkosten zwischen den Projektbeteiligten Stadt, DB AG und Bund zu erzielen, mit dem Ziel einer möglichst hohen Förderquote zugunsten der Stadt.“

Migenda bekräftigt, dass der Ausbau der S 11 „eines der wichtigsten Projekte zum Umbau der Verkehre in Bergisch Gladbach“ ist und daher von der Stadt „zügig vorangebracht“ werde. Er sieht die Stadt sogar „im Zeitplan gut aufgestellt“.

Allerdings gibt es für das Gesamtprojekt „Ausbau der S 11“ gar keinen Zeitplan, auf den sich irgendeiner der Beteiligten festlegen würde. Kurzfristiges Ziel ist es, noch in 2022 das sogenannte Planfeststellungsverfahren mit alle Beteiligten zu starten. Doch dann beginnen die Unsicherheiten – denn im Zuge der Bürgerbeteiligung sind Klagen möglich, die womöglich in mehreren Instanzen ausgefochten werden müssen.

Im schlimmsten Fall, so Beobachter, könnten diese Klagen sogar dazu führen, dass die Ausbauplanungen auf Eis gelegt werden müssen, bis es eine rechtskräftige Entscheidung gibt.

Genau aus diesem Grund bemühen sich NVR und Bahn schon seit Jahren, die Bürger:innen möglichst früh und breit zu informieren. Die nächste Runde steht beim Online-Dialog am 1. Juni an.

Weitere Beiträge zum Thema